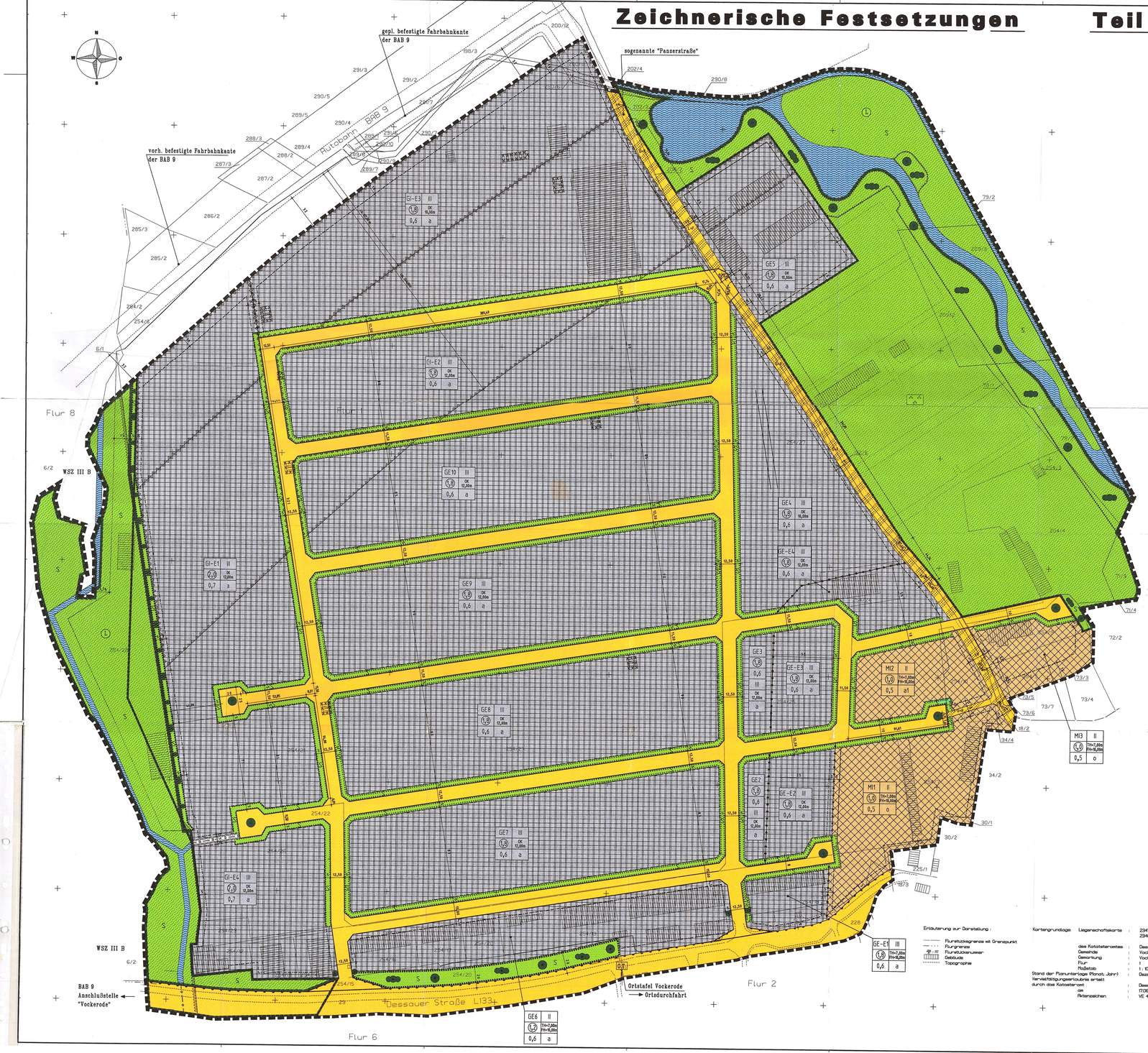
Zeichnerische Festsetzungen Teil A



Teil B

Textliche Festsetzungen

1. Gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO sind bestimmte Arten von Nutzungen in den einzelnen Mischgebieten wie folgt nicht zulässig.
   - In den Mischgebieten Nr. 1 - 3 sind die allgemein zulässigen Nutzungen gemäß § 6 Abs. 2 Ziffern 7 und 8 BauNVO nicht zulässig und Tankstellen sowie nicht störende Gewerbebetriebe sind nicht zulässig.
   - in den Mischgebieten Nr. 1 - 3 sind die allgemein zulässige Nutzungsart gemäß § 6 Abs. 2 Ziffer 6 BauNVO nicht zulässig.
2. Gemäß § 4 Abs. 2 Ziffer 1 BauNVO wird in den Mischgebieten die Ausnahme gemäß § 6 Abs. 3 BauNVO nicht Bestandteil dieses Bebauungsplanes.
3. Gemäß § 1 Abs. 6 Ziffer 1 BauNVO werden die ausnahmsweise zulässigen Nutzungsarten für Gewerbebetriebe gemäß § 8 Abs. 3 Ziffer 3 und 3 nicht Bestandteil des Bebauungsplanes. Tankstellen sind gemäß § 8 Abs. 3 Ziffer 1 BauNVO nicht Bestandteil dieses Bebauungsplanes. Vergnügungsstätten gemäß § 8 Abs. 3 Ziffer 1 BauNVO nicht Bestandteil dieses Bebauungsplanes.
4. Gemäß § 1 Abs. 6 Ziffer 1 BauNVO werden die ausnahmsweise zulässigen Nutzungsarten für Industriegebiete gemäß § 9 Abs. 3 Ziffern 1 und 2 BauNVO nicht Bestandteil dieses Bebauungsplanes.

   In den eingeschränkten Industriegebieten sind Anlagen,
   - die nach § 9 Abs. 1 des Anhangs zur 4. BImSchV genannt sind und
   - die sich aus in Spalte 1 und Spalte 2 des Anhangs zur 4. BImSchV genannten Anlagen zusammensetzen,

   nicht zulässig.
5. Gemäß § 23 Abs. 5 BauNVO i. V. m. § 12 Abs. 6 BauNVO und § 14 Abs. 1 BauNVO sind Garagen, Carports und Stellplätze nach § 12 BauNVO und Nebenanlagen nach § 14 BauNVO nur innerhalb der Baugrenzen zulässig.
6. Die zulässigen Trauf-, First- und Oberkantenhöhen nach § 16 Abs. 2 Ziffer 4 BauNVO sind den Nutzungsschablonen zu entnehmen. Für die Bemessung gilt folgende Regelung:

   Maß zwischen Oberkante Erschließungsstraßenmitte, gemessen in Fassadenmitte und
   - der äußeren Schnittlinie von Außenwand und Dachhaut bei der Traufhöhe,
   - dem oberen Firstpunkt (äußere Dachhaut) bei der Firsthöhe,
   - dem oberstan Firstpunkt (äußere Dachhaut) bei dem oberstan Gebäudepunkt bei der Oberkantenhöhe.

   Gemäß § 16 Abs. 6 BauNVO darf die maximale Höhe baulicher Anlagen (maximale Firsthöhe bzw. maximale Oberkante) ausnahmsweise durch einzelne bauliche Anlagen als technische Aufbauten bzw. technische Anlagen überschritten werden, wobei die maximale Höhe 20,00 m als Maß zwischen Oberkante Erschließungsstraßenmitte und oberstem Punkt beträgt. Bei Verbesserungen ist eine Überschreitung der maximal zulässigen Höhe baulicher Anlagen um 50 % zulässig, wobei die Fläche der Verbesserungen maximal 5 % der mit dem heutigebäude überbaubaren Grundfläche eines Bebauungsplanes betragen darf.
7. In den Mischgebieten Nrn. 1 und 3 gilt die offene Bauweise nach § 22 Abs. 2 BauNVO. Gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO wird eine abweichende Bauweise festgesetzt. Es gilt die offene Bauweise mit der Einschränkung, daß die Beschränkung der Gebäudelänge entfällt (a). In dem Mischgebiet Nr. 2 hat bei abweichender Bauweise bei mehr als 50 m Baulängeniglich ein Versatz von 8 m zu erfolgen (a 1).
8. Gemäß § 1 Abs. 4 BauNVO werden in den eingeschränkten Gewerbegebieten Nrn. 1 - 4 die folgenden maximalen flächenbezogenen Schallleistungspegel LˈWA festgesetzt:

   L'WA = 60 dB je qm (tags)
   L'WA = 45 dB je qm (nachts)

   Die Zulässigkeit der betrieblichen Nutzungen der jeweiligen GE-E-Gebiete richtet sich nach der Angabe des immissionswirksamen flächenbezogenen Schallleistungspegels L'wa von tags 60 dB je qm und nachts 45 dB je qm.
   Bestehende Hindernisse, welche auf bestrahlungsabhängen Flächen eine abschirmende Wirkung auf dem Ausbreitungsweg hervorrufen, können für den Bereich der Wirksamkeit des Schallschutzes mit dem daraus resultierenden Abschirmmaß bei der Ermittlung des flächenbezogenen Schallleistungspegels berücksichtigt werden.
9. Die sogenannte Panzerstraße (Europaradwanderweg R 1) ist beidseitig allseartig mit heimischen und standortgerechten Laubbäumen (z. B. Quercus robur, Tilia cordata oder Acer platanoides) in Hochstammqualität (16/18 cm Stammumfang) zu bepflanzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB).
10. Die L 133 ist beidseitig als Obstbaumallee anzulegen. Zur Bepflanzung sind Lokalsorten als Hochstamm zu verwenden (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB).
11. Gemäß § 16 Abs. 4 Satz 2 BauNVO ist unter Berücksichtigung der unter § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO genannten Anlagen in den eingeschränkten Gewerbegebieten, den Gewerbegebieten sowie den eingeschränkten Industriegebieten eine maximale Grundflächenzahl von 0,8 (80 % Versiegelung der Baugrundstücke) zulässig.
   Ausgenommen sind gemäß § 19 Abs. 4 Satz 3 BauNVO die Flurstücke 254/12, 13 und 14 im Industriegebiet Nr. GI-E 3 sowie die Flurstücke 254/15, 17, 19 und 20 im Gewerbegebiet Nr. GE-E, auf denen eine Grundflächenzahl von 1,0 zulässig ist.
12. Zum Schutz gegen den Straßenverkehrslärm der BAB 9 wird für die in der Planzeichnung (Teil A) gekennzeichnete Fläche gemäß § 9 Abs. 1 Ziffer 24 BauGB festgesetzt, daß bei Neu- und Umbauten von Gewerbe-, Büro- und Verwaltungsgebäuden, -Räumen Lärmschutzmaßnahmen für die der BAB 9 zugewandten bzw. die bis zu einem Winkel von 60° abgehenden Gebäudeseiten zu treffen sind. Hierzu bedarf es der Luftschalldämmung von Außenbauteilen gemäß DIN 4109 - Teil 5 im Abstand bis zu 105 m von der geplanten Fahrbahnkante der BAB 9 nach dem Lärmpegelbereich IV (GI-E 1 - 3) sowie im Abstand von 105 m bis 240 m zur geplanten Fahrbahnkante der BAB 9 nach dem Lärmpegelbereich III (GI-E 1 - 3 und GE 10).

Textliche landschaftspflegerische Festsetzungen

1. Die im Plan festgesetzten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sind mit standortheimischen Arten zu bepflanzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB). Auf den festgesetzten Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für Erhaltung von Bäumen und Sträuchern ist der Bestand zu erhalten und durch die Bepflanzung mit standortheimischen Arten zu ergänzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB)

   Bäume:
   (Heister 2 x verpflanzt, 125 - 150 cm hoch)

Quercus robur	(Stiel-Eiche)	*Acer campestre*	(Feld-Ahorn)
Quercus petraea	(Trauben-Eiche)	*Acer platanoides*	(Spitz-Ahorn)
Ulmus laevis	(Flatter-Ulme)	*Salix alba*	(Silber-Weide)
Quercus robur	(Stiel-Eiche)	*Salix fragilis*	(Bruch-Weide)
Fraxinus excelsior	(Gemeine Esche)	*Prunus avium*	(Vogelkirsche)
Corylus avellana	(Haselnuche)		
Acer pseudoplatanus	(Berg-Ahorn)		

   Sträucher:
   (2x verpflanzt, 60 - 100 cm hoch)

Crataegus laevigata	(Zweigriff. Weißdorn)	*Euonymus europaea*	(Pfaffenhütchen)
Crataegus monogyna	(Eingriff. Weißdorn)	*Cornus mas*	(Kornelkirsche)
Salix caprea	(Sal-Weide)	*Viburnum opulus*	(Gew. Schneeball)
Salix aurita	(Öhr-Weide)	*Rosa canina*	(Hunds-Rose)
Sorbus aucuparia	(Eberesche)	*Rosa gallica*	(Essig-Rose)
Prunus spinosa	(Schlehe)	*Rubus fruticosus agg.*	(Echte Brombeere)

   Ranker:
   Clematis vitalba (Waldrebe) *Humulus lupulus* (Hopfen)

2. Der im Plan gekennzeichnete Bereich entlang der östlichen Plangebietsgrenze ist als sich sukzessiv entwickelnde Ruderalfläche zu entwickeln (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB). Zwischen der Ruderalfläche und der vorgesehenen Fläche zur Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern, ist als verbindende Biotopstruktur ein Gewässerlauf zu schaffen, der an den vorhandenen Graben anzuschließen ist.
3. Die ökologisch bedeutenden Biotopbereiche, die im Osten des Geltungsbereiches des Plangebietes liegen, sowie die Gehölzstreifen entlang der L 133 sind zu erhalten (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB).
4. Pro angefangene 150 qm versiegelte Straßenverkehrsfläche ist ein heimischer und standortgerechter Laubbaum (*Quercus robur, Tilia cordata* bzw. *Acer platanoides*) in Hochstammqualität (16/18 cm Stammumfang) anzupflanzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB). Außerdem sind die Grünstreifen im Straßenraum flächendeckend mit Sträuchern (*Sorbus aucuparia, Cornus mas, Prunus spinosa, Rosa canina* und *Salix aurita*) zu unterpflanzen.
5. Im Bereich der öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage sind Anpflanzungen von standortgerechten und heimischen Bäumen und Sträuchern sowie die Ansaat von Landschaftsrasen zulässig.
6. Pro versiegelte 50 qm Stellplatzfläche ist zur Begrünung wahlweise ein standortgerechter Laubbaum (*Quercus robur, Tilia cordata* bzw. *Acer platanoides* mit 14/16 cm Stammumfang) mit einer mindestens 8 qm großen Pflanzschräfe zu pflanzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB).
7. Mindestens 10 % der Baugrundstücke sind mit standortgerechten und heimischen Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen, zu pflegen und zu erhalten (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB). Als Bepflanzung sind folgende Arten zu verwenden, wobei die Bepflanzung gemäß Ziffer 2 mit einzuschließen sind.
   geändert: Vockerode, d. 29.04.1999 Siegel
   gez. Schwarzer

   Laubbäume:

Carpinus betulus	(Hainbuche)	*Ulmus laevis*	(Flatter-Ulme)
Quercus robur	(Stiel-Eiche)	*Prunus avium*	(Vogelkirsche)
Acer platanoides	(Spitzahorn)	*Tilia cordata*	(Winter-Linde)
Acer pseudoplatanus	(Berg-Ahorn)		

   Sträucher:

Sorbus aucuparia	(Eberesche)	*Prunus spinosa*	(Schlehe)
Salix aurita	(Öhr-Weide)	*Prunus padus*	(Traubenkirsche)
Rosa canina	(Hunds-Rose)	*Crataegus monogyna*	(Weißdorn)
Rosa corymbifera	(Hecken-Rose)	*Salix caprea*	(Salweide)
Cornus mas	(Gew. Kornkirschbeere)	*Viburnum opulus*	(Gew. Schneeball)
Malus sylvestris	(Wildapfel)	*Viburnum lantana*	(Wolli. Schneeball)

   Ausgenommen sind die Flurstücke 254/12, 13 und 14 im Industriegebiet Nr. GI-E 4 sowie die Flurstücke 254/16, 17, 19 und 20 im Gewerbegebiet Nr. GE-E, auf denen bereits eine nahezu oder sogar 100 %-ige Versiegelung vorhanden ist.
8. Pro angefangene 500 qm Baugrundstücksfläche ist ein heimischer und standortgerechter Laubbaum in Hochstammqualität (14/16 cm Stammumfang) der unter Ziffer 7 aufgeführten Arten zu pflanzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB).
9. Die zu begrünenden nicht überbaubaren Baugrundstücksflächen entlang der Planstraßen (ausgenommen BAB 9 und L 133 sowie des Flurstücks 254/14 im Industriegebiet Nr. GI-E 4 und die Flurstücke 254/16, 17, 19 und 20 im Gewerbegebiet Nr. GE-E) sind auf einer Breite von 5 m zweireihig mit standortgerechten Sträuchern und Bäumen (Arten zu bepflanzen. Die Bepflanzung ist zu pflegen und zu erhalten (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB).
   Ausgenommen sind jeweils zwei Grundstückszufahrten pro Baugrundstück mit einer Breite von maximal 12 m.
   geändert: Vockerode, d. 29.04.1999
   gez. Schwarzer Siegel

Hinweise

1. Rechtliche Grundlagen
   Als gesetzliche Grundlage gelten für diesen B-Plan in der zur Zeit des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung:
   - BauGB vom 27.08.1998
   - BauNVO vom 23.01.1990
   - PlanVO vom 18.12.1990
   - BNatSchG vom 12.03.1987
   - BauO LSA vom 23.05.1994
   - NatSchG LSA vom 11.02.1992
   - WHG vom 23.09.1986
   - SVO LSA vom 06.07.1992
2. Bodenfunde
   Die bauausführenden Betriebe sind auf die Einhaltung der gesetzlichen Meldepflicht an die Untere Denkmalschutzbehörde des Landkreises Anhalt-Zerbst im Falle unerwartet freigelegter archäologischer und bauwirtschaftlicher Bodenfunde hingewiesen.
   Nach § 9 (3) des Denkmalschutzgesetzes für Sachsen-Anhalt sind Bodenfunde und die Fundstelle mit den Merkmalen eines Kulturdenkmales bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige unverändert zu lassen oder eine wissenschaftliche Dokumentation durch Beauftragte des zuständigen Landesamtes ist gemäß § 14 (9) DSchG durch den Bauherren zu ermöglichen.
   Der Beginn der Erdarbeiten ist rechtzeitig vorher dem Landesamt für archäologische Denkmalpflege Sachsen-Anhalt, Richard-Wagner-Straße 9 – 10, 06114 Halle, gemäß § 14 (2) DSchG LSA anzuzeigen.
3. Ausbaulänge der BAB 9 - Abstände nach § 9 Abs. 2 FStrG
   Baugenehmigungen oder nach anderen Vorschriften notwendige Genehmigungen bedürfen der Zustimmung der obersten Landesstraßenbaubehörde nach § 9 Abs. 2 FStrG, wenn bauliche Anlagen längs der Bundesautobahnen in einer Entfernung bis zu 100 m, gemessen vom befestigten Fahrbahnrand, errichtet, erheblich geändert oder anders genutzt werden sollen.
4. Bodenbelastungen
   Der Rückbau der Traktorengarage (Gebäude 33), Tankstelle (Gebäude 11) sowie der Trafostationen (Gebäude 160-d), die im Bebauungsplan gemäß § 9 Abs. 6 Ziffer 3 BauGB gekennzeichnet sind, ist durch einen Fachgutachter zu bewachmingen. Nach dem Ausbau der Bodenplatten ist der darunterliegende Boden zu begutachten und der darunterliegende Boden ist durch Rammkernsondierungen bis zu dem Grundwasserleiter auf Schadstoffe zu untersuchen. Sollte eine Kontamination festgestellt werden, ist eine Sanierung zu empfehlen, welches in einem städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 BauGB oder als Ergänzung zum Ersetzbilligungsvertrag zwischen der Gemeinde Vockerode und dem Eigentümer der Flächen vor dem Satzungsbeschluß zum Bebauungsplan Nr. 3 "Vockerode West" festzulegen ist.
5. Geh-, Fahr- und Leitungsrecht
   Die Fläche, die mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belasten ist, begünstigt die Gemeinde Vockerode zwecks Sicherung und Durchführung der Oberflächenentwässerung.

Nachrichtliche Übernahmen gemäß § 9 Abs. 6 BauGB

1. **Trinkwasserschutzzone III B Dessau Waldersee gemäß § 48 WG LSA**
   Die Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft im Westen des Plangebietes befindet sich in der Trinkwasserschutzzone III Dessau Waldersee.
2. **Landschaftsschutzgebiet gemäß § 20 NatSchG LSA i.V.m. § 19 NatSchG LSA (Biosphärenreservat „Mittlere Elbe") Bereich der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft**
3. **Kulturdenkmal gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 2 DSG LSA**
   Das gesamte Plangebiet befindet sich in der Dessau-Wörlitzer-Kulturlandschaft bzw. dem Dessau-Wörlitzer-Gartenreich und ist daher als Kulturdenkmal gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 2 Denkmalschutzgesetz für das Land Sachsen-Anhalt im Denkmalbuchzuverzeichnis des Landes Sachsen-Anhalt geführt.

Präambel

gez. Schwarzer (gez. Schwarzer)
gez. Schwarzer gez. Schwarzer
gez. Schwarzer gez. Schwarzer
gez. Schwarzer gez. Schwarzer